Beschlussvorlage

Öffentlichkeitsstatus:
öffentlich

Geschäftszeichen:	Datum:	Drucksache Nr.:
FB II/60/KBa	23.11.2021	Vorlage 131/2021

Beratungsfolge:	TOP:	Sitzungstermin:
Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Nienburg (Saale)	Ö 13	14.12.2021
Stadtrat der Stadt Nienburg (Saale)	Ö 14	16.12.2021

Betreff

Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Straßenausbaumaßnahmen, bei denen die sachlichen Beitragspflichten bis 31. Dezember 2019 entstanden sind - Entscheidung

Finanzielle Auswirkungen?

☐	Keine finanziellen Auswirkungen
☒	Gesamterträge oder -einzahlungen in Höhe von: 65.131,48 €
☐	Gesamtaufwendungen oder -auszahlungen in Höhe von:

☐	Ergebnisplan	Budget/Produkt:
☒	Finanzplan	201590/ 54300-688100
☒	einmalig	☐ laufend
☐	Deckung erfolgt nach § 105 KVG LSA (üpl/apl Aufwand)	
☐	Deckung erfolgt im Rahmen des Budgets	
☐	Deckungsmittel stehen nicht zur Verfügung	

Die Finanzierung bei nicht zur Verfügung stehenden Deckungsmitteln soll erfolgen:		
☐	durch Verschlechterung des Haushalts (Verringerung Überschuss, Erhöhung Fehlbetrag, Reduzierung liquide Mittel – siehe Sachverhalt/finanzielle Auswirkungen)	
☐	einmalig	☐ laufend
☐	durch einen Nachtragshaushalt	

Mitzeichnung

Fachbereich: Bürgermeisterin Person: Falke, Susan Datum: 30.11.2021

Fachbereich: Fachbereich II Person: Bader, Katrin Datum: 23.11.2021

Fachbereich: Fachbereich I Person: Windirsch, Luisa Datum: 30.11.2021

Fachbereich: Fachbereich III Person: Dreyer, Sophie Datum: 23.11.2021

Sachdarstellung:

Aufgrund der Übergangsvorschriften des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vom 15. Dezember 2020 ist es erforderlich, zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge für Maßnahmen, für die vor dem 1. Januar 2020 die Beitragspflicht entstanden ist, eine Entscheidung zur Erhebung herbeizuführen.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 15. Dezember 2020 das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen.

In den Übergangsvorschriften (§ 18a) zum Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist u. a. geregelt, dass die Gemeinden für notwendige Maßnahmen, soweit die Beitragspflichten bis spätestens 31. Dezember 2019 entstanden sind und noch keine Beiträge erhoben worden sind, Straßenausbaubeiträge noch erheben können.

Sollte die Gemeinde von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen, erfolgt vom Land für diese möglichen Einnahmen aus Beiträgen keine Erstattung.

Eine Erhebung wäre für eine Straßenausbaumaßnahme möglich und wird wie folgt vorgeschlagen:

Die Brückenstraße/ L 73 ist eine wichtige überörtliche Verbindungsstraße, die in Ost-West-Richtung u. a. die Grundzentren Nienburg (Saale) und Calbe (Saale) mit dem Mittelzentrum Köthen und dem überregionalen Straßennetz verbindet. Gleichzeitig stellt die Brückenstraße/ L 73 eine wichtige innerörtliche Hauptverkehrsstraße dar, die den unmittelbaren Zentrumsbereich tangiert.

Der Anteil an den Baukosten für Fahrbahn und Fahrbahneinrichtungen wird durch die Landesstraßenbaubehörde als Baulastträger an Landesstraßen in Ortslagen getragen beziehungsweise erstattet.

Für die Herstellung der Gehwege und Nebenanlagen liegt die Baulast bei der Stadt Nienburg (Saale).

Die Anliegerversammlung fand am 04. Juli 2017 statt.

Beitragsfähiger Aufwand: 102.964,34 EUR

Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen: ca. 65.131,48 EUR

Anzahl der Bescheide: 21

Angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt Nienburg (Saale) wird seitens der Verwaltung empfohlen, die o. g. Beitragserhebung für die Straßenausbaumaßnahme durchzuführen.

Entgegen der Empfehlung der Verwaltung lehnte der Stadtrat der Stadt Nienburg (Saale) in seiner Sitzung am 17.06.2021 mit 0 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 11 Stimmenthaltungen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Maßnahmen, bei denen die sachlichen Beitragspflichten bis 31. Dezember 2019 entstanden sind, ab.

Mit Schreiben vom 22.11.2021 legte die Kommunalaufsicht (siehe Anlage) ausführlich dar, dass für die Stadt Nienburg (Saale) „kein Ermessen“ hinsichtlich der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach § 18a KAG-LSA i. V. m. § 98 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 KVG LSA besteht. Der Verzicht auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge stellt einen Verstoß gegen die vorgenannten Haushaltsgrundsätze sowie gegen die Vorgaben der Haushaltskonsolidierung dar. Ungeachtet dessen steht der Verzicht auch der Erteilung von Kreditgenehmigung entgegen.

Ferner teilt die Kommunalaufsicht in ihrem Schreiben vom 22.11.2021 mit, dass sie derzeit im Rahmen einer präventiven Kommunalaufsicht von einem Einschreiten mit kommunalaufsichtlichen Mitteln (Beschluss BV Nr. 032/2021 vom 17.06.2021) absieht und dem Stadtrat der Stadt Nienburg (Saale) Gelegenheit gibt der Empfehlung der Verwaltung, die Straßenausbaubeiträge zu erheben, eigenständig zu folgen, um eine rechtmäßige Beschlusslage herzustellen.

Anlage:

- Schreiben der Kommunalaufsicht vom 22.11.2021

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat der Stadt Nienburg (Saale) beschließt gemäß § 18a des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vom 15. Dezember 2020 die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Maßnahmen, bei denen die sachlichen Beitragspflichten bis 31. Dezember 2019 entstanden sind.

Geänderter Beschluss und Abstimmungsergebnis
--

Gremium: Stadtrat der Stadt Nienburg (Saale)	Sitzung am: 16.12.2021	TOP: Ö 14
--	------------------------	-----------

Einstimmig	Mit Stimmen- mehrheit	ja	nein	Enthaltungen	Laut Beschluss- vorlage
------------	-----------------------------	----	------	--------------	----------------------------

Vorsitzender des Stadtrates

[Siegel]